

Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 0279/19

Titel

Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Drucksache 0073/19 - Kostenfreier ÖPNV für Erfurter Schülerinnen und Schüler in allgemeinbildenden Schulen

Öffentlichkeitsstatus

öffentlich

Stellungnahme

Das Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung nimmt zur DS 0279/19 in Verbindung mit der Ursprungsdrucksache 0073/19 wie folgt Stellung:

In der Stellungnahme zur DS 0073/19 wurden für den kostenreduzierten bzw. kostenfreien ÖPNV für Schüler und Schülerinnen zusätzliche Finanzmittel von ca. +0,8 Mio. € im 1. Jahr (2019) bis zu +11,8 Mio.€ im 5. Jahr (2023) ermittelt. Es wurde mitgeteilt, dass der städtische Haushalt weder kurz- noch mittelfristig in der Lage ist, diese zusätzlichen Zuschüsse an die EVAG zu erwirtschaften.

Einer Zustimmung zur DS 0073/19 wurde deshalb von der Verwaltung **nicht** empfohlen.

Mit DS 0279/18 wird der *Beschlussvorschlag wie folgt geändert:*

02 neu

*Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Erfurter Schulen, die sich in einer Bedarfsgemeinschaft mit einem oder mehreren Sozialausweisinhaber*innen befinden, erhalten ab Schuljahresbeginn einen zusätzlichen Zuschuss zum Erwerb des Schüler-Abos. Dieser beträgt im Schuljahr 2019/2020 20€, im Schuljahr 2020/2021 15€, sowie im Schuljahr 2021/2022 10€.*

Ab dem Schuljahr 2022/2023 entfällt der Zuschuss.

Der Beschlusspunkt 2 wird zu Beschlusspunkt 3.

Der Beschlusspunkt 3 wird zu Beschlusspunkt 4.

Mit diesem Vorschlag steigen die oben genannten, durch den städtischen Haushalt auszugleichenden Mittel weiter deutlich an. Eine genaue Summe konnte auf Grund nicht verfügbarer Daten über den betroffenen Personenkreis kurzfristig nicht ermittelt werden.

Eine finanzielle Absicherung der Erweiterung des Beschlusses, der eine rein freiwillige Leistung der Stadt darstellt, ist nicht gegeben und kann weder kurz- noch mittelfristig gesichert werden.

Der Änderungsantrag von der Fraktion DIE LINKE wird daher von der Verwaltung analog des Ausgangsbeschlusses zur DS 0073/19 nicht zur Umsetzung empfohlen..

Es wird jedoch auf DS 0281/19 verwiesen, bei der es um die Gründung einer zeitlich befristeten "Arbeitsgruppe kostenfreier ÖPNV für Schülerinnen und Schüler" geht. Eine solche Arbeitsgruppe wird seitens der Stadtverwaltung begrüßt. In diesem Rahmen sollten dann gemeinsam alle bisher vorgebrachten Vorschläge zu kostenfreien oder ermäßigten ÖPNV-Angeboten incl. DS 0073/19 und DS 279/19 behandelt und auf eine finanzielle Umsetzbarkeit überprüft werden.

Anlagen

gez. Dr. Knoblich
Unterschrift Beigeordneter

18.02.2019
Datum